

# Herborner Tageblatt.



Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.  
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 Mk.  
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag  
J. M. Bed'sche Buchdruckerei  
Dito Bed.

Inserate: Kleine Petitzelle 20 Bg.  
Fernruf: Nr. 20.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 13.

Mittwoch, den 16. Januar 1918.

75. Jahrgang.

## Nach dem Sturm.

Wer geglaubt hatte, daß die hochwichtigen Besprechungen dieser Tage im Mittelpunkte unserer politischen Lebens mit einem dramatischen Donnerchlage zusammenstürzen würden, der wird sich jetzt angenehm enttäuscht fühlen. Das Haupt des Staatssekretärs v. Kühlmann war das mindeste, was von der einen Seite als Sühneopfer für die Unstimmigkeiten von Brest-Litowsk gefordert wurde — und die Möglichkeit einer Trennung Hindenburgs von Ludendorff wurde von der anderen Seite schon ganz ernsthaft zur Erwägung gestellt, während eine Mittelrichtung sich schon mit dem Rücktritt des Herrn v. Ballois begnügen wollte, des Chefs des kaiserlichen Zivilkabinetts. Aus alledem ist nichts geworden. Herr v. Kühlmann bleibt als Vertrauensmann des Reichskanzlers in Brest-Litowsk, dieser selbst denkt auch nicht im mindesten daran zu erkranken und sich nach einem Nachfolger umzusehen, und General Ludendorff lehrt ebenso selbstlicher und siegesgewiß, wie er gewesen, ins Große Hauptquartier zurück, um dort neue Waffentaten schmieden zu helfen. Es hat lediglich in Berlin eine „vertrauensvolle Aussprache“ zwischen dem Grafen Hertling und unseren Oberführern stattgefunden, wird jetzt halbamtlich mitgeteilt, und da keine sachlichen Streitpunkte vorliegen, bedurfte es zu ihrer Entscheidung auch keines Kronrats. Das nebenher auch der Kaiser mit den Ergebnissen dieser vertrauensvollen Aussprache fortgesetzt befaßt wurde und daß auch der Kronprinz an ihnen lebhaften Anteil nahm, verleiht den Ereignissen unzweifelhaft eine erhöhte Bedeutung, kann aber die amtliche Berichterstattung nicht zu größerer Willkommtheit bestimmen. Gerücht, daß die leitenden Persönlichkeiten sich miteinander verständigt haben, daß keine sachlichen Meinungsverschiedenheiten vorliegen und daß nachher keine äußerlich sichtbaren Veränderungen eingefreten sind — mit diesen Feststellungen soll die Öffentlichkeit sich einwilligen zufriedengeben und, was wohl die Hauptsache ist, nimmer den Fortgang der Verhandlungen in Brest-Litowsk abwarten. „Vertrauensvoll“ abwarten, nach dem guten Beispiel, das die Reichsleitung ihr gegeben hat.

Es wird ihr in der Tat nichts anderes übrigbleiben. Aber sie braucht sich auch nicht mit der Angst aus der Brust der Reichsleitung zu beunruhigen. „Ausgleich“ lautet die Lösung, die zur Kennzeichnung des inneren Verlaufs dieser entscheidenden Aussprache von zweiter Hand ausgegeben wird, eine „Demarkationslinie“ zwischen der militärischen und politischen Leitung unserer Schicksale sei gefunden und festgelegt worden, die für die Zukunft die Wiederkehr von Reibungen umwältig mache. Klare Grundlinien für die Verhandlungen im Osten sind gezogen — und freie Bahn nach Westen, die wiederum ihre Grenzen in den Staatsnotwendigkeiten des Deutschen Reiches finde. So sei nun endlich alles auf beste bestellt, und es bleibe nur noch übrig, daß unsere Unterhändler sich fortan genau an die Abmachungen dieser Tage hielten, dann würden uns neue Preisengedächte mit samt dem ungefähren Zustand unruhiger Erregung, der mit ihnen notwendigerweise jetzt immer verbunden ist, für die Zukunft erlöst bleiben. So einfach, wie unfindige Leute sich das zumellen vorstellen, liegen die Dinge natürlich nicht: daß die Militärs nur über militärische und die verantwortlichen Politiker nur über politische Fragen gehört werden dürfen oder zu entscheiden haben. Beide Gebiete greifen häufig ineinander über, und namentlich wo es sich um die höchsten Interessen des Vaterlandes, um seine Sicherheit und sein Fortleben nach Seiten schwerster Seinsfahrungen handelt, wird sich das sachverständige Urteil unserer obersten Führer am wenigsten fein säuberlich nach der einen oder nach der andern Seite hin trennen lassen. Unter besonderer Stolz sind auch stets die ganzen Männer gewesen, die der Himmel uns geschenkt hat und die auch jetzt an der Spitze unserer Heeresleitung stehen. Niemand würde es wohl verwunderlich finden, wenn sie s. B. neue Blutopfer ablehnten, falls die politische Leitung des Reiches sich nicht entschlossen zeigte, ihre Kriegs- und Friedensziele dementsprechend festzulegen, einfach aus dem Grunde, weil enger gesteckte Ziele sich auch mit den schon bisher gebrachten Opfern erreichen ließen. Und umgekehrt kann auch die politische Führung militärische Wünsche ablehnen, weil sie mit ihrer Erfüllung schädliche Nebenwirkungen allgemeiner Natur für das Reich verknüpft sieht. Hier heißt es eben einen Ausgleich schaffen — und das ist in den Tagen, die hinter uns liegen, geschehen. Um welche Fragen im einzelnen es sich dabei gehandelt hat, darüber wird sich nicht mehr als in Andeutungen reden lassen; vielleicht findet Graf Hertling, wenn er demnächst wieder öffentlich das Wort ergreift, Mittel und Wege, um auch die ärgsten Zweifler einigermaßen zu beruhigen. Bis dahin können wir nichts Besseres tun, als auch unsererseits den höchsten Beratern der Krone Vertrauen entgegenzubringen.

Der Tatbeweis, daß wir als die Sieger mit unseren Feinden zu unterhandeln gedenken, wird inzwischen in Brest-Litowsk erbracht. Nicht nur durch General Hoffmann, dessen kraftvolle Belehrungen über guten Verhandlungston und über die Bescheidenheit, die dem Besiegten zutrennen, die Herren Trotski und Genossen sich gewiß nicht hinter den Spiegel stecken werden. Auch Staatssekretär v. Kühlmann zeigte in den letzten Sitzungen eine demerksenswerte Festigkeit in der Führung. Er wußte die Gegenpartei wiederholt in die Enge zu treiben und hatte schließlich den Mut, die Verhandlungen in dem Augenblick abzubrechen, als ihre Fortsetzung zunächst nutzlos geworden war. So wird sich bald herausstellen müssen, ob die Petersburger einen Frieden, wie sie ihn haben können, haben wollen oder ob sie sich etwa einbilden, mit unseren Bevollmächtigten wie die Rabe mit der Maus spielen zu können. Wir haben feste Stiele im Osten, und die müssen erreicht werden, sei es in Brest-Litowsk oder anderswo. Einen Ausgleich

können auch die Russen haben, aber er muß schon die Berliner Prägung tragen, nicht die Marke der Maximilianen, die vielleicht morgen wieder anderen Leuten Platz machen müssen. Berlin und Brest-Litowsk — hier wird sich die Dauerhaftigkeit der neuesten Abmachungen unserer führenden Männer zu allererst zu erweisen haben.

## Die Friedensverhandlungen.

Debatte über das Selbstbestimmungsrecht.

Brest-Litowsk, 14. Januar.

Die am 11. d. Mts. gebildete deutsch-österreichisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. und 12. drei lange Sitzungen ab.

Die Räumung der besetzten Gebiete.

Im Verlaufe der Verhandlungen lehnte Trotski ab, in dem Vertrage auszusprechen, daß die Völker entschlossen seien, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben, weil das nach — seiner Meinung — lediglich eine Phrase sei.

Im Verlaufe der weiteren Besprechung wurde festgestellt, daß Einvernehmen darüber herrsche, die Räumung der von den beiden kriegführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Gegenseitigkeit zu stellen, d. h. daß die Räumung des besetzten russischen Gebiets an die Räumung der von Rußland besetzten Gebiete Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens zu knüpfen sei.

Die Besprechung über den Zeitpunkt der Räumung der besetzten Gebiete, über den eine völlige Übereinstimmung nicht herbeigeführt wurde, wurde abgebrochen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Eine lange Debatte entspann sich dann über das Verlangen Trotski's, daß in den besetzten Gebieten eine Abstimmung der Völker stattfinden sollte. Staatssekretär Kühlmann führt dazu u. a. aus:

„Die russische Regierung hat, entsprechend ihren Grundsätzen, für alle in Rußland lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert. Wir behaupten, daß in Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechtes in einem Teile der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto bevollmächtigten Körperschaften ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung von Rußland derart ausgeübt haben, daß nach unserer Auffassung diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reiche in seinem ehemaligen Umfange gehörig betrachtet werden können.“

Trotski beharrte auf seinem Standpunkt, daß er die heftige Auffassung ablehnen müsse, wonach sich die Bevölkerung der besetzten Gebiete bereits durch Abstimmung geäußert hätten. Nach Verlauf einer eingehenden staatsrechtlichen Debatte über die Voraussetzungen für das Selbstbestimmungsrecht, bei der Trotski behauptete, zwischen der deutschen Erklärung vom 26. Dezember und von der vom 27. Dezember bestünde ein Widerspruch und ferner fragte, weshalb die Bevölkerung der besetzten Gebiete nicht an den Friedensverhandlungen teilnehmen, wenn sie das Recht haben soll, über Gebietsveränderungen zu bestimmen.

Staatssekretär v. Kühlmann

erklärte darauf: Der Herr Vorredner habe sich darüber beklagt, daß wir hier noch keine Vertreter der besprochenen Nationen bei den Verhandlungen haben.

Wenn er damit zum Ausdruck bringen wollte, daß auch nach seiner Ansicht diese Volkseinzelheiten nimmer geschaffen sind und das Recht der Selbstbestimmung ihrer auswärtigen Beziehungen ausüben können, so bin ich meinerseits bei rückhaltloser Anerkennung dieser Voraussetzung von Seiten der russischen Delegation gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe.

Graf Czernin trat diesen Ausführungen bei. Er wünscht aber zu wissen, in welcher Weise die Auswahl der Vertreter getroffen werden soll, wenn russischerseits die in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungskörper nicht als berechtigt angesehen werden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Vertagung.

Noch einmal nahm dann General Hoffmann das Wort um zu erklären:

Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande ständen und uns Bedingungen diktiert könnten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind — das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiet! —

Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen.

Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsch der Loslösung von Rußland bereits klar und unmissverständlich Ausdruck gegeben.

Auch aus verwaltungsrechtlichen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung Rußlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen.

Trotski hat darauf um Vertagung, damit die russische Delegation sich mit ihrer Regierung in Verbindung setzen könne.

Brest-Litowsk, 15. Jan. Heute fanden wieder Besprechungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen

und politischen Fragen statt. Trotz der vorläufig nach starker Abweichung in den Auffassungen der beiden verhandelnden Parteien konnte in einigen Punkten eine wesentliche Annäherung festgestellt werden.

## Der Krieg.

Gescheiterte Angriffe der Italiener.

Wien, 15. Jan. Amtlich wird verlautbart: Zwischen der Brenta und dem Monte Pertica ging der Italiener nach starker zeitweiser zum Trommelfeuer gesteigerter Artillerievorbereitung zum Infanterieangriff über. Nach sehr heftigem Nahkampf gelang es dem Feinde an einzelnen Stellen, in unsere Gräben einzudringen. Im Gegenstoß wurde er jedoch aus diesen geworfen. Im ganzen Angriffsraum ist die vorderste Kampflinie voll in unserem Besitze. Der Gegner erlitt schwere Verluste. An der unteren Piave wurde ein feindlicher Vorstoß bei Trevisan rasch zum Stehen gebracht.

Der Chef des Generalstabes.

England fürchtet die Niederlage.

Offenbar aus amtlicher Quelle veröffentlicht das Genfer Bureau der Times im „Generals“ einen Artikel, der sich mit der Ernennung eines gemeinsamen Generalissimus beschäftigt und zu dem Schluß kommt: Der Erfolg einer solchen Einrichtung hängt völlig von den Vorteilen ab, die die Heere davontragen, die der Generalissimus befehligt. Tatsache ist, daß ein Heer eine Niederlage und alle ihre Folgen ertragen kann, wenn es von seinen eigenen Führern befehligt wird, daß es die Niederlage aber nicht vermeiden kann, wenn ein Führer anderer Nationalität es befehligt.

## Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Ein Truppentransportdampfer versenkt.

Berlin, 15. Jan. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Mittelmeer wiederum 24.000 Br. Reg. Ton. Handelsfahrzeugsraum versenkt. Am 30. Dezember hat eines unserer U-Boote, Kommandant Oberleutnant z. S. Obermüller, vor Alexandria einen großen bewaffneten durch Fischdampfer und Torpedobootzerstörer stark gesicherten, vollbesetzten Truppentransportdampfer versenkt und darauf in fähigem Angriff den Zerstörer der Sicherung „S. 08“ durch Torpedotreffer versenkt. Der Transporter hatte nach Beobachtung des U-Bootes anscheinend ausschließlich weiße Engländer an Bord. — Unter den übrigen von unseren U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien bezw. die Engländer im Orient Ladung hatten, befand sich ein weiterer bewaffneter, von Zerstörern gesicherter Transportdampfer von etwa 5000 Ton., sowie zwei mittelgroße Dampfer, die aus Gefeitzügen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Versenkung eines Truppentransportdampfers hat deshalb besonderen Wert, weil für die Beförderung von Truppen nur große und schnelle Dampfer mit besonderen Einrichtungen benutzt zu werden pflegen. Vom Untergang des Zerstörers „S. 08“ wußten wir bereits aus englischen Meldungen. Danach sollte die ganze Besatzung bis auf zehn Mann gerettet worden sein. Nun erfahren wir den wahren Hergang. Interessant ist übrigens auch in diesem Zusammenhang die englische Nachricht, daß die britische Admiralität wegen der zunehmenden U-Bootgefahr einen Teil ihrer Transporte nach Mesopotamien und Palästina nicht mehr durch das Mittelmeer sendet, sondern westwärts durch den Atlantischen, Stillen und Indischen Ozean.

## Kleine Kriegespost.

Gesf, 15. Jan. Der Kommandant der Streikräfte der nationalen Verteidigung, General Sumbakofski, wird zum griechischen Kriegsminister ernannt werden.

Bafel, 15. Jan. Vor der Untersuchungskommission der Vereinigten Staaten erklärte Kriegsminister Baker, der Mangel an Bekleidungsstücken in den Abzugslagern werde bald behoben sein.

London, 15. Jan. Das Unterhaus hat das Gesetz betr. den Mannschaftsbestand einstimmig angenommen.

## Rußlands innere Kämpfe.

Die Ungültigkeitserklärung der Staatsschulden.  
Die mannigfachen Gerüchte von einem bevorstehenden russischen Staatsbankrott, von der Einstellung des Zinsendienstes usw. werden jetzt durch folgende Petersburger Erklärung zum Teil bestätigt.

Der oberste Verwaltungsrat der nationalen Güter arbeitet den Entwurf einer Verfügung aus, wonach alle Reichsanleihen, die von der kaiserlichen und bürgerlichen Regierung ausgegeben wurden, annulliert werden, ebenso werden alle inneren Anleihen sowie deren Obligationen, die im Besitze von Engländern sind, bedingungslos annulliert.

Als gültig werden allein betrachtet nationale, kurzfristige Schatzanleihen und die verschiedenen Werte des Schatzamtes. Ehe sich die finanziellen Folgen dieser Verfügung übersehen lassen, muß die Bekanntgabe ihres Vorlautes abgewartet werden.

### Rücktritt Lenins?

Nach einer Meldung aus Stockholm ist in Petersburg das Gerücht verbreitet, der Vorsitzende im Volkskommissariat Lenin wolle zurücktreten und den Vorsitz Trotski überlassen.

Schon vor längerer Zeit hieß es einmal, Lenin wolle von der Leitung zurücktreten. Es gelang dann seinen Freunden, ihn zum Bleiben zu bewegen. Diesmal scheint jedoch der Entschluß des Volksvorstehenden unabänderlich zu sein. Lenin ist in letzter Zeit selten hervorgetreten.

### Meuterei der Schwarzmeerflotte.

In Sebastopol kam es zu einem förmlichen Blutbad unter den Offizieren des Auslasses der Schwarzmeerflotte, der anlässlich des Matrosenaufstandes 1912 17 Matrosen meist zum Tode verurteilt hatte.

Jetzt haben die maximalistischen Matrosen eine furchterliche Rache genommen. 60 Offiziere, darunter vier Admirale und ein General, wurden getötet. Die Offiziere eines Schiffes wurden sämtlich nach dem Malakowturm gebracht und dort erschossen.

Die Meuterei überfiel dann die Stadt Kilia, stießen sie zum größten Teile in Brand und plünderten sie aus. Die Bevölkerung flüchtete nach allen Seiten.

### Schreckensregiment russischer Soldaten.

Kopenhagen, 15. Jan. In Torna kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen russischen Soldaten und finnischen Zollbeamten, die die sofortige Abschaffung des Wapwanges zum Überschreiten der finnischen Grenze anordneten. Die Soldaten verlagerten die Finnen von der Zollpforte und drohten, eine Maschinengewehrkompanie aufzustellen, falls ein neuer Versuch gemacht werden sollte, den Wapwang aufzuheben. Im Bezirk Noland kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Roten Garde und der Bürgergarde. Die russischen Truppen an der schwedisch-finnischen Grenze führen ein wahres Schreckensregiment. Niemand mag sich mehr aus dem Hause, aus Furcht, von den Soldaten überfallen und ausgeplündert zu werden.

### Russische Pogrome in Persien.

Stockholm, 15. Jan. Wie „Westfront“ schreibt, teilt der persische Konsul in Tiflis mit, daß die Entfernung der russischen Truppen aus Persien schneller vor sich gehe, als man zu hoffen wagte. Nach amtlichen Angaben der persischen Regierung haben die russischen Truppen in Urmia alles geplündert und vernichtet. Folge dieser Pogrome ist, daß die Perser sich auf russisches Gebiet hinüberbeugen. Ungefähr 12.000 Perser haben sich in der mughanischen Steppe angesiedelt, wo sie die Reis- und Baumwollpflanzungen zerstörten.

### Militarisierung der russischen Arbeiter.

Schweizer Grenze, 15. Jan. Davos meldet aus Petersburg, daß die russische Regierung mit Hilfe der Roten Garde 15% der Arbeiter aller Fabriken in die Armee einreichte und sie mit Maschinengewehren ausrüstete.

### Die maximalistische Heeresmacht in Südrussland.

Vern, 15. Jan. Nach der „Wadowa“ bestehen die maximalistischen Streitkräfte, die in Südrussland gegen die Kolosaken kämpfen, aus 30.000 Mann, die über drei Kanonengrößen und eine zahlreiche Artillerie verfügen sollen. Ein bei Zefaterinoklam ausgeführter Kampf soll mit einem Erfolg der Maximalisten über die Ukrainer geendet haben.

### Unruhen in der Ukraine.

Russische Grenze, 15. Jan. Kriwenko ordnete die zwangsweise Entfernung aller Ententeagenten aus der Kriegszone an.

### Verhaftung der Roten Garde.

Kopenhagen, 14. Jan. Die Petersburger Rote Garde ist erheblich verkleinert worden. Zahlreiche Arbeiter haben Befehl erhalten, in diese Garde einzutreten.

### Petersburg von Sibirien abgeköpft.

Stockholm, 14. Jan. Petersburg ist seit einigen Tagen ohne jede Verbindung mit Sibirien. Die meisten Telegraphenleitungen sind unterbrochen.

### Finnische Revolutionstribunale.

Kopenhagen, 14. Jan. Nach einer Selsingfors Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat die finnische Regierung die sofortige Errichtung von Revolutionstribunalen angeordnet.

### Es gibt nur eine Meinung.

Wie die Russen dabei über die politische Meinungsäußerung denken, auf die sie in West-Vitowik so großen Wert legen, geht aus einer Petersburger Meldung hervor, wonach der Ballungsanstalt des Arbeiter- und Soldatenrats einen Erlass veröffentlicht hat, der den Räten der Bauern, Arbeiter und Soldaten das Recht verleiht, Neuwahlen festzusetzen oder die Wahlen derjenigen Abgeordneten zur Verfassungsgebenden Versammlung ungültig zu erklären, die nicht die Interessen der Arbeiter- und Bauernmassen vertreten. Der Kongress der Bauern hat demgemäß eine besondere Verordnung für die unverzüglich gültige Ungültigkeitserklärung der Mandate aller Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung festgesetzt, die gegen die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte vorgehen. — Auf diese Weise kommt im „freien“ Russland die gesetzgebende Versammlung als „Ausdruck des Volkswillens“ zusammen.

### England baut ab.

Nach Meldungen aus Stockholm sind dort gleichzeitig mit dem bisherigen englischen Vorkämpfer in Petersburg Buchanan auch etwa 50 englische Industrielle und Fabrikanten angekommen, die ihre bisherige Heimat endgültig verlassen zu wollen scheinen. In Stockholm sieht man darin ein bemerkenswertes Zeichen des englischen Abbaus in Russland. In einem gewissen Gegensatz dazu steht die Meldung, wonach die britische Regierung beschlossen haben soll, mit dem kürzlich ernannten russischen Vorkämpfer Litwinow, also dem Vertreter der Maximalisten, „kolonialistische“ Beziehungen anzuknüpfen. — (Echt englisch!)

### Sozialistische Republik und allgemeine Enteignung?

Amsterdam, 15. Jan. „Allgemeines Handelsblatt“ erfährt aus London, daß die Bolschewiki-Regierung die Absicht habe, der verfassungsgebenden Versammlung am 18. d. M. ein Ultimatum zu stellen, Rußland für eine sozialistische Republik zu erklären und alles Land und allen Besitz zu enteignen.

## Vom Tage.

### Verhaftung des rumänischen Gesandten und seines Personals.

Stockholm, 15. Jan. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Petersburg wurde der rumänische Gesandte Diamandi und das Personal der Gesandtschaft gestern Abend auf Befehl der Volksbeauftragten verhaftet und in der Peter-Pauls-Festung interniert. Die Ursache sei unbekannt. Die Verhaftung habe großes Aufsehen hervorgerufen. Da aus Anlaß des Jahreswechsels keine Zeitung erschien, sei sie nicht allgemein bekannt geworden. Das diplomatische Korps, auch das neutrale, sei von dem Dohn, dem amerikanischen Botschafter Francis, dringend zusammenberufen worden, um Einspruch zu erheben.

### Caillaux' Selbstmordgedanken.

Genf, 15. Jan. Ein Pariser Blatt teilt mit, daß Caillaux seit einem geladenen Revolver bei sich getragen habe, um im Falle seiner Verhaftung Widerstand zu leisten oder sich das Leben zu nehmen. Er habe jedoch von der Waffe nicht Gebrauch machen können, da er in seiner Wohnung überrascht und überwältigt worden sei.

### Landtagswahl in Koblentz.

Koblentz, 14. Jan. Bei der heutigen Landtagswahl im Wahlkreis Koblentz 8 entfielen sämtliche abgegebenen 417 Stimmen auf Verbandsdirektor Dr. Tewes-Essen (Zentrum). Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

### Stimmung gegen König Ferdinand.

Wien, 14. Jan. Nach einer Meldung der politischen Korrespondenz aus Sofia spielen sich gegenwärtig in Sofia entscheidende antidyonastische Kämpfe ab. Die Stimmung gegen den König Ferdinand nimmt von Tag zu Tag zu. Die Stellung des Rabinets Pratianni ist viel zu schwach, um dem König eine hinreichende Stütze zu bieten.

### Englischer Kommandowechsel in Flandern.

Genf, 14. Jan. „Echo de Paris“ meldet aus London, daß außer den bereits erfolgten Veränderungen im englischen Generalstabe in Flandern noch ein wichtiger Verleihenwechsel bevorstehe. In Paris heißt es, daß Clemenceau den Rücktritt Haigs durchgeleitet habe.

### Waffenlieferungen nach Irland.

Genf, 14. Jan. In der letzten Woche ist wiederholt festgestellt worden, daß angeblich harmlose Volkspolizei, die von England nach Irland gelandt wurden, Feuerwaffen und Munition enthielten. In Liverpool wurde dadurch eine Explosion verursacht. Der englische Volksminister hat infolgedessen die Untersuchung sämtlicher Vorfälle nach Irland angeordnet.

### Das gefährdete Kabinett Clemenceau.

Genf, 14. Jan. Die hier eingetroffenen Berichte der Pariser Blätter über die letzte Sitzung der französischen Kammer lassen klar erkennen, daß die Sozialisten einen großen allgemeinen Aufbruch gegen Clemenceau versuchten, der jedoch diesmal noch scheiterte.

### Ministerwechsel in Griechenland.

Athen, 14. Jan. Der Verfassungsminister Empiricos ist zurückgetreten. Es scheint sich zu bestätigen, daß General Danglis zum Generalissimus ernannt werden wird. Benizelos soll die Leitung des Kriegsministeriums wieder übernehmen und ein Unterstaatssekretariat des Krieges schaffen, um sich von der Verwaltungslast zu entlasten.

### Die Griechen wollen nicht.

Schweizer Grenze, 14. Jan. Dem „Berliner Tagblatt“ wird aus Athen gemeldet: Die von Benizelos verordnete Derangierung griechischer Truppen zum Frontdienst ist gänzlich gescheitert. In Larissa ist es zu einer großen Kundgebung gegen den Krieg gekommen. Es fällt auf, daß auch die Freier, die sonst Benizelos sehr ergeben sind, sich bei den ablehnenden Truppen befinden.

### Unruhen in Spanien.

Genf, 14. Jan. Wie aus Madrid gemeldet wird, haben in Valencia und Barcelona große Unruhen stattgefunden. Es ist in beiden Städten ein Proteststreik ausgebrochen.

### Anerkennung der Republik Finnland.

Wien, 14. Jan. Gestern erließen eine finnische Abordnung hier im Ministerium des Äußeren, daß von der Mitteilung der Unabhängigkeitserklärung Finnlands Kenntnis nahm. Auf Erfragen der Deputation sprach das Ministerium namens der Monarchie die Anerkennung der selbständigen finnischen Republik aus.

### Autoverbindung Selsingfors—Riga.

Stockholm, 14. Jan. Russische Blätter melden, daß von Selsingfors aus eine Autoverbindung mit Riga eingerichtet werden soll. Die von Soldaten gelenkten Automobile würden Riga mit Rohstoffen pflanzlichen und tierischen Ursprungs und mit Lebensmitteln versehen. Riga werde im Austausch dänische Erzeugnisse aller Art, Farben und Schuhwerk liefern.

### Snobismus gegen Thomas.

Bern, 15. Jan. Mithras hat der frühere französische Arbeiter-Minister Thomas in London erklärt, Elia-Bohringen müßte ohne Verletzung der Bevölkerung an Frankreich zurückgegeben werden. Dagegen wendet sich der britische Arbeiterführer Snowden in einer Aufschrift an die „Daily Chronicle“. Er weist auf die Tatsache hin, daß die Bevölkerung Elia-Bohringens überwiegend deutsch ist und immer war, und versichert, daß die ganze britische sozialistische Bewegung und die große Mehrheit des übrigen Englands nicht wünsche, daß der Krieg um einen einzigen Tag verlängert werde, um Frankreich ins Land zu sehen. Elia-Bohringen wiederzugewinnen.

### Zusammenarbeit der Alliierten-Schifffahrt.

Amsterdam, 15. Jan. Auf Grund der Ergebnisse der Kriegskonferenz der Alliierten in Paris hat das amerikanische Schifffahrtsamt beschlossen, in London, Paris und Rom Vertretungen zu schaffen, in fast allen bedeutenden atlantischen Häfen Zweigstellen zu errichten. Es soll damit nicht nur die Kontrolle über die amerikanische Handelschifffahrt wirksamer gemacht, sondern auch die vollständige Zusammenarbeit der Alliierten-Schifffahrt gesichert werden.

## Die Schule des Lebens.

Original-Roman von Leonhard Rejner.

33. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Schade um Branders, er war ein vorbildlicher Offizier.

Mit diesen Worten verabschiedete sich der Minister von seiner Umgebung. „Er war ein vorbildlicher Offizier“ — dieses „war“ klang allen lange in den Ohren. Es hatte geklungen wie ein kurzer soldatischer Nachruf an einem offenen Grabe.

Um dieselbe Zeit etwa fand Herr Dehn in seinem Arbeitszimmer Herrn Geheimrat Wellner gegenüber. Lange hatte Wellner auf Dehn eingewartet. Dann machte der Hausherr den Versuch, die Unterredung zu beenden.

„Sie bemühen sich vergebens, Herr Geheimrat, wenn Sie mich zu Aktionen gegen die Firma Kohnmann verleiten wollen.“

„Nicht gegen die Firma, nur gegen die Person.“  
„Und ich bin auch nicht gekommen, mich auf Kosten Kohnmanns in irgendeiner Weise zu bereichern. Das kann ich Ihnen sagen: ich werde Herrn von Kohnmann gern helfen, wenn die Verhältnisse es mir raten erscheinen lassen. Aber niemals werde ich irgend etwas gegen ihn tun. Ich habe genug Geld und lasse mich auf derartige Spekulationen einfach nicht ein.“

Der Geheimrat verlor seine eindringliche Ruhe nicht. „Herr Dehn, ich habe bisher nicht ganz offen gesprochen. Ich kam zu Ihnen etwa wie ein Finanzmann zu einem anderen. Meine Bemühungen sind in der Tat nicht ganz so eigenmächtig, als Sie vermuten. Ich habe Herrn von Kohnmann selbst meine Dienste angeboten, er wies mich zurück, so daß ich erst dann wieder gegen ihn zu handeln beschloß. Auch ich habe Geld, Herr Dehn. Aber ich handle im Interesse eines Menschen, den ich lieb gewonnen habe und der auch Ihnen nahesteht.“

„Wer sollte das sein?“

„Ihr zukünftiger Schwiegersohn.“

Beinahe überrascht senkte Dehn die Augenlider.

„Herr von Fiegel“, fuhr Wellner fort, „ist von Kohnmann in zweideutiger Weise behandelt worden. Nicht etwa als Kaufmann wurde er auf die Reise geschickt, sondern lediglich, weil er auf einer längeren Reise Ihre Tochter vergessen sollte, um dann ein junges Mädchen zu heiraten, dessen Vater, wie Kohnmann sich einredet, auf die Ausfertigung von Regierungsbestellungen einen Einfluß hat.“

Dehn mußte sich abwenden, um die Erregung zu verbergen, die sich in seinem Gesicht spiegelte. Wie ein Schlag hatte es auf ihn gewirkt. Also Theo sollte Franziska vergessen, und sie hatte ihn betrogen. Ja, betrogen! Er fühlte es so klar, und er war innerlich so ganz auf seinen Theos. Aber zwischen Theo und Franziska hatte Dehn keine Wahl und dann... war denn schon alles entschieden? Sein Wissen beruhte doch nur auf Vermutungen. Vielleicht täuschte ihn sein Auge? Und doch hatte er auch keine Veranlassung, dem Geheimrat Wellner unbedingt zu glauben. Auch dieser konnte sich täuschen. — Wellner nahm wieder das Wort:

„Herr Dehn, ich habe mich an den Aktionen gegen Kohnmann von Berlin aus beteiligt — nur weil es für mich ein Finanzgeschäft war. Dann lernte ich Theo kennen, in dem ich den Sohn eines alten Freundes wiederfand. Nun habe ich freilich ein anderes Interesse. Ich weiß, daß das Haus Kohnmann zusammenstürzen muß, wenn das feindliche Kartell ihn besiegt. Ruhlos aber würden dabei Kräfte vergeudet. Ich will nichts weiter, als ihn zwingen, gegen eine fällige Entschädigung vom Thron zu steigen. Dann gründen wir die Gesellschaft und auch für Ihren Schwiegersohn ist ein Posten, wo der junge Mann arbeiten und Geld verdienen kann, bald gefunden.“

„Rein, Herr Geheimrat“, sagte endlich Dehn, „so rechne ich nicht. Noch ist Herr von Fiegel nicht mein Schwiegersohn. Ich weiß, daß er meiner Tochter zugeht, aber das ist für mich nicht völlig bestimmend. Sollte es aber so kommen, dann bin ich in der Lage, ihm auch anderwärts eine lohnende Lebensaufgabe zu bereiten. Auch Sie, Herr Geheimrat, handeln letzten Grundes so, weil Sie auf diese Weise das beste Geschäft dabei machen. Aber ich mache das Geschäft nicht mit.“

„Nun, dann bitte ich um Entschuldigung, wenn ich geirrt habe.“

Geheimrat Wellner empfahl sich und ließ Dehn zurück, der nun sofort daranging, sich auszurechnen, mit welchem Kapital er für sich das Kohnmannsche Unternehmen stützen konnte, und welche anderen Kapitalisten er eventuell hinzuziehen mußte.

Wellner fuhr ins Hotel zurück, wo ihm der Portier die Karte eines Herrn gab, der im Vorzimmer auf ihn wartete. „Herr las: „Theo von Fiegel“ und war sichtbar bestürzt. Sofort eilte er in den Vorzimmer.

Theo führte ihm entgegen:

„Sie sind schon hier, lieber Fiegel?“

„Verzeihen Sie, Herr Geheimrat, wenn ich Ihrem Räte nicht folgte. Aber mein letzter Reisebefehl lautete auf Norwegen, und da hielt ich es einfach nicht aus. Ich muß Arbeit haben!“

„Was wollen Sie tun?“

„Mein erster Gang ist zu Dehn.“

„Das wäre unvorsichtig. Sie wissen, was Sie Kohnmann versprochen haben, nicht eher um Franziska zu freien.“

„Nicht geben Kohnmanns nichts mehr an!“  
„So dürfen Sie nicht sprechen, denn noch sind Sie kein Angeheuer.“ — „Dann gehe ich zu ihm!“

„Damit er Sie einfach auf die Straße setzt? — Was haben Sie dann? Sie wollen doch als Mensch mit auskömmlichen Verhältnissen vor Herrn Dehn treten. Was aber dann?“

Der Geheimrat zog Theo mit sich. „Kommen Sie auf mein Zimmer.“ Dort verlor Theo ganz seine Fassung. „Was soll ich tun? Was bleibt mir nur übrig? Ich bin ein armer törichtes Mensch, der von ungeheuren Finanzmächten willenlos hin und her geschleudert wird; ich bin nichts, ich kann nichts, ich weiß nur, daß ich unglücklich, tief unglücklich bin.“

Wieder fuhr er auf. „Ich muß Barker sprechen.“  
„Wer ist das?“ — „Kohnmanns Sekretär.“ — „Sind Sie verrückt?“ — „Der Mensch ist mir tief verpflichtet.“

„Lassen Sie ihn.“  
Mit Mühe beruhigte der Geheimrat Theo, der ihm schließlich auch versprach, sich vorerst nicht aus dem Hotel zu rühren.

(Fortsetzung folgt.)

#### Sachanau auf der Entente-Konferenz.

Sonn. 15. Jan. Es verlautet, daß auf der Ende dieser Woche in Paris zusammengetretenen Konferenz der Entente-Ministerpräsidenten auch Sachanau, der bisherige britische Vorkämpfer in Petersburg, zugegen sein werde.

#### Frankreich verpfändet Kolonien.

Genf, 15. Jan. Wie jetzt bekannt wird, hat Frankreich für das ihm von den Vereinigten Staaten gewährte Darlehen Franz. Guyana und die Insel Martinique verpfändet. In Washington rechnet man damit, daß die Pfänder als wieder eingelöst werden werden.

#### Die Kriegsziele der englischen Arbeiter.

Rotterdam, 15. Jan. Die hier eingetroffenen englischen Redaktionen lassen erkennen, daß Neuter Dendersons Erklärung über die Kriegsziele der englischen Arbeiter geachtet hat. Denderson sagte u. a., daß seine Partei nicht nur für die kleinen Nationalitäten das Selbstbestimmungsrecht wünsche, sondern auch für Ägypten und Indien eine schnelle Ausdehnung der Selbstverwaltung erstrebe. Unter keinen Umständen werde die Arbeiterpartei Gebietsausdehnungen Großbritanniens zulassen.

#### Indien ruft um Befreiung.

W. Das indische Nationalkomitee in Stockholm sandte an die ukrainische Zentralrada in Kiew sowie nach Pestschikow in deutscher Sprache ein Telegramm, in dem es das ukrainische Volk als das größte der bisher unterdrückten europäischen Völker bittet, mit allem Nachdruck bei den Friedensverhandlungen für die Unabhängigkeit Indiens einzutreten und die Ukraine davor warnen, sich durch die falschen englischen Darstellungen über die angebliche Zufriedenheit des indischen Volkes mit der Herrschaft der Engländer irreführen zu lassen. Solange Irland und Ägypten in der Sklaverei des englischen Handels und Anglischunternehmens festgehalten werden, sei kein dauernder Friede möglich.

#### Irische Freiheit.

W. Die sofortige Lösung der irischen Frage wird in den jüngsten von der „Gesellschaft der Freunde irischer Freiheit“ an alle ausländischen Gesandtschaften in Stockholm mit Ausnahme der englischen überreichten Note verlangt. Die Engländer die „irische Freiheit“ aufhebt, erhält aus einer Rede, die Graf Bluntell in einer Ansprache zu Dublin hielt. Der Graf erklärte, daß England Irland seiner Lebensmittel zu berauben drohe, die das Land für seine Bevölkerung notwendig brauche. Die Iren würden Mangel leiden müssen, wenn sie diese Lebensmittel nicht im Land behielten. Es sei deshalb Aufgabe der Iren, dafür zu sorgen, daß die Lebensmittel im Lande bleiben, wenn nötig mit Gewalt.

Inzwischen fabrizieren die Lloyd George, Churchill und Genossen immer auf neue Redensarten vom Erlösungswerk der Engländer an „unterdrückten“ Völkern.

#### Turati für einen Vernunftfrieden.

W. Der Führer der offiziellen Sozialisten Italiens, Turati, erklärte einem Journalisten, an den Ausführungen Lloyd Georges sei das Bedeutsame, daß sie ein Ausdruck der seit kurzem in England eingetretenen Stimmung sei, die die Notwendigkeit eines baldigen Vernunftfriedens einsehe. Turati hofft, die italienische Regierung werde sich bald zu ähnlichen Erklärungen bereitfinden.

Allzu viel von einer vernünftigen Auffassung der Lage ist bisher bei den italienischen Machthabern nicht zu bemerken gewesen. Turatis Hoffnung steht also vorläufig auf schwachen Füßen.

#### Montenegrinische Minister unterwerfen sich.

W. Aus dem österreich-ungarischen Kriegspressequartier erfährt man, daß der ehemalige montenegrinische Kriegsminister und General Radomir Bersovic sich mit seinen Anhängern, unter welchen sich auch der gewesene montenegrinische Justizminister Miloslaw Rajesovic befindet, beim Bezirkskommando Andrejevica gestellt und daselbst die Waffen abgegeben hat. Die Minister und ihre Begleiter werden, da sie sich innerhalb der von den österreich-ungarischen Behörden gesetzten Frist gestellt haben, der beim Geburtstag Kaiser Karls erlassenen Amnestie gemäß begnadigt.

Ob nun die immer noch von der Alliertenpresse herumgetragenem Erzählungen über erheblichen Widerstand in Montenegro verflummen werden?

#### Abgabe des Vatikans an Lloyd George und Wilson.

W. In englischen und französischen wie auch in italienischen Blättern war behauptet worden, beim Heiligen Stuhl hätten die jüngsten Reden des englischen Premierministers und des amerikanischen Präsidenten starke Wirkung gehabt. Erwägungen, ob diese Erklärungen sich mit der Auffassung des Papstes nicht deckten, seien im Gange.

Daß diese Behauptungen lediglich zur Stimmungsmache dienten, war sofort zu erkennen. Das bestätigt nun auch ausdrücklich das offizielle Blatt des Vatikans, der „Osservatore Romano“. Das Blatt schreibt, der Heilige Stuhl beabsichtige nicht, von der Politik der Völkern und strengen Unparteilichkeit abzugeben, die er seit Kriegsbeginn innegehalten habe. Dies werde er auch angesichts der jüngsten diplomatischen Schritte und Erklärungen des englischen Premierministers und Wilsons nicht tun. Damit ist deutlich genug gesagt, daß die Lloyd George und Wilson kein Recht haben, sich auf den Vatikan als Gesinnungsgenossen zu berufen.

#### Der preussische Wahlrechtsausschuß.

(3. Tag.)

A. Berlin, 14. Januar.

Sundacht führte ein freikonservativer Redner den Gedanken über die Wahrung der deutschen Interessen in der Zukunft bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts aus und forderte Aufschub über die Absichten der Regierung in bezug auf das Gemeindevahlrecht.

Minister des Innern Dr. Drews antwortet, am Gemeindevahlrecht sei eine plötzliche Entwicklung eingetreten, deshalb müsse es geändert werden, aber nicht ohne weiteres nach dem Muster des Landtagswahlrechts. Einzelheiten könne die Staatsregierung noch nicht angeben, denn die Voraussetzung dafür müßten außerordentlich gründliche Vorarbeiten sein.

Ein nationalliberaler Redner spricht sein Bedauern aus, daß die Regierung wiederum keine Auskunft gegeben habe, wie sie sich die Gestaltung der Verhältnisse im Osten denke. Die Bedenken gegen ein gleiches Wahlrecht müßten noch verstärkt werden, wenn ein selbständiges Königreich Polen entsteht. Scharf wendet sich der Redner gegen die leibhaftig getane Äußerung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums über die Räumung des Siegeswillens. Es sei unverständlich, wie man sagen könne, durch Ablehnung des gleichen Wahlrechts werde der Siegeswille gelähmt.

Dr. Friedberg und die Nationalliberalen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg

meldet sich gegen die Auslegung und Kritik seiner Worte durch den Vorredner. Er habe gesagt: Wenn die Vorlage nicht ausgedacht wird, wird in den Volkskreisen, die die Vorlage am meisten wünschen und das Hauptinteresse daran haben, eine große Enttäuschung entstehen und diese Enttäuschung könnte dazu beitragen, in diesen Kreisen den Siegeswillen abzuschwächen. Das halte er aufrecht. Die Kritik des Vorredners, der etwas ganz anderes gesagt habe, sei so unfreundlich gewesen, wie er, Dr. Friedberg, es von einem politischen Freunde nicht erwartet habe. Selbstverständlich wüßte die Regierung die Schwierigkeiten im Osten. Aber auch ein Minderheitsrecht würde diese Folge nicht vermeiden, und über ein Minderheitsrecht sei im Sommer beinahe eine Verständigung der Mehrheitsparteien erfolgt. Er könne dem Vorredner nicht darin zustimmen, daß den Völkern der Kampf angelegt werden müsse. Die Frage, warum die Vorlage während des Krieges eingebracht sei, könne nicht ewig behandelt werden, legt gilt es, an die Arbeit zu gehen.

Von konservativer Seite wird gesagt, daß es ein Zeichen des Bankrotts einer Realisierung sei, wenn sie die Feinde zu gewinnen und die Freunde vor den Kopf zu stoßen luche. Daran schließt der Redner die Bemerkung, man könne abwarten, ob diese Bankrottsklärung schon jetzt ausgesprochen werden solle.

Aus der Nachmittags-Sitzung ist hervorzuheben, daß ein konservativer Mittelstandsabgeordneter seine unbedingte Gegnerschaft gegen die Vorlage zum Ausdruck brachte. Sie werde mit Notwendigkeit zur Demokratisierung der Gemeinden führen, und man werde dann sagen müssen: Fluch Borussia! (Das Ende des Kreuzes!)

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach man vornehmlich über die Rückwirkung des gleichen Wahlrechts auf die Ostmark. Regierung und Nationalliberalen sprachen sich übereinstimmend für eine Ostmarkenpolitik aus, die das Deutschtum in jeder Weise zu fördern geeignet sei, ohne jedoch das Votum zu schädigen. Die Nationalliberalen haben jedoch Bedenken, ob sich eine solche Politik bei gleichem Wahlrecht durchführen lassen werde.

Das Zentrum tritt für eine Verbindung der drei Vorlagen ein und wird daher für ein Wahlgesetz stimmen. Im übrigen befürchtet das Zentrum, daß durch das gleiche Wahlrecht die konfessionelle Volkschule gefährdet werden könnte.

Nach dieser Aussprache wurde die Weiterberatung auf Donnerstag nachmittag vertagt.

#### Das Frauenwahlrecht im preussischen Abgeordnetenhaus.

(107. Sitzung.)

RA. Berlin, 15. Januar.

Nach reichlich bemessenen Weihnachtsferien hat das Abgeordnetenhaus heute seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Bänke weihen große Lücken auf, und die Mitglieder des Hauses bringen der Tagesordnung nur wenig Interesse entgegen, unterhalten sich vielmehr schon lange vor Beginn der Sitzung sehr angeregt über die bekannten Vorgänge der letzten Tage auf dem Gebiete der großen Politik.

Das Stimmengewicht verläuft erst als Präsident Graf Schwerin-Soest dem vor einigen Tagen verstorbenen langjährigen Präsidenten Jordan v. Kröcher einen Nachruf von besonderer Wärme und Herzlichkeit widmet. Dann tritt das Haus in die Erledigung seiner Geschäfte ein. Die Ankündigung, daß an erster Stelle die vorliegenden Anträge auf Erweiterung der kommunalen Rechte der Frauen zur Beratung kommen würden, hatte aus dem Kreise der Berliner Frauenwelt einen großen Andrang zu den Tribünen veranlaßt. Die Zuhörerinnen wählten sich aber der ungewohnten Umgebung nur schwer anzupassen, begleiteten vielmehr die Ausführungen der Redner mit lauten Randgebungen des Mißfallens oder der Zustimmung.

Die Grundlage der Aussprache bildete ein Antrag des Ausschusses, der eine Vorlage verlangt, daß die Frauen mit beschließender Stimme Mitglieder städtischer Deputationen werden sollen, die sich mit Fragen der sozialen Fürsorge und der Wohlfahrtsfrage beschäftigen. Das Zentrum will die Frauen auch zu den Schuldeputationen hinzuziehen, während die Fortschrittler ihnen an allen städtischen Verwaltungsdeputationen den Eintritt ermöglichen wollen. Verbunden wurde die Aussprache mit der Behandlung der Wünsche des deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation, die sich gegen jede Erweiterung der Frauenrechte auch in der städtischen Verwaltung aussprechen.

Der konservativen Standpunkt vertrat der Abg. Graf. Trotz aller Bedenken werden wir für die Ausdehnung der Frauen auf den Zentrumstrag stimmen. Dagegen lehnt der größte Teil meiner Fraktion den fortschrittlichen Antrag wegen seiner Forderung für das politische Frauenstimmrecht ab. Bei der Zulassung der Frauen zu städtischen Deputationen wäre mindestens das Gemeindevahlrecht die Folge. Gewiß sind die Frauen jetzt in erhöhtem Maße auf allen Gebieten tätig, aber die Ausnahme einer Kriegszeit darf nicht zur Regel werden.

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.) begründet einen Antrag, die Frauen auch mit beschließender Stimme zu den Schulkommissionen zuzulassen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Minister bereit sei, die Städteordnung dahin abzuändern, daß die Frauen in die wichtigsten Deputationen als stimmberechtigte Mitglieder eintreten können.

Der Volkspartei Dr. Lewin (Schwiegerohn des verstorbenen Frauenliebhabers Albert Träger) macht darauf aufmerksam, daß schon 1912 sich der Zentrumsabgeordnete Trimborn im Hause für die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben ausgesprochen habe. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Hirsch-Berlin tritt für die Erweiterung der Frauenrechte lebhaft ein.

Worte des Wohlwollens spendet der nationalliberale Abgeordnete Stemann den Vorlagen. Der Vertreter der Freikonservativen Dr. v. Bonna verhält sich reserviert, wogegen sich der zweite konservative Redner, Abgeordneter Deins, in scharfen Worten ablehnend ausdrückt.

Darauf werden die Ausdehnungsträge angenommen. Das Haus verlagert sich dann auf morgen. Tagesordnung: Einbringung des Etats.

#### Im Herrenhaus — keine Kanzlerrede.

A. Berlin, 15. Januar.

Auch das Herrenhaus trat heute zu einer ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen und bereitete sogleich den Bewußtsein, die die Tribünen füllten, eine schwere Enttäuschung.

Es war bekanntgeworden, daß der Reichskanzler sich dem Hause vorstellen werde, und man vermutete, er würde zumindest über die innere Politik, ihre Entwicklung und Zukunft sprechen. Die Sitzung begann. Der Präsident teilte die Tagesordnung mit: Das Wohnungsgesetz, und erteilte dem neuen Herrn Ministerpräsidenten das Wort. Dieser nahm es auf und — gab es nach wenigen Minuten weiter an die Ressortminister. Graf Hertling stellte sich nämlich in der ihm von S. R. dem Kaiser und König verliehenen Würde vor, empfahl das Wohnungsgesetz dem Wohlwollen des hohen Hauses und schloß nach einigen Sätzen mit dem Bemerkten, daß der Herr Handelsminister über alles Nähere zu berichten berufen und bereit sei.

Als aber der Präsident dem Berichterstatter das Wort erteilte, leerten sich die Bänke, lichteten sich die Tribünen.

#### Aus dem Hauptauschuß.

Berlin, 15. Jan. Im Hauptauschuß des Reichstages gab nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, an der sich alle Parteien beteiligten, Unterstaatssekretär von dem

Bausche die Erklärung ab, daß alle umlaufenden Gerüchte über neue Instruktionen, die Herr v. Kühlmann erhalten habe, der tatsächlichen Unterlage entbehren, und daß der Reichskanzler den Wunsch ausgesprochen habe, die politische Debatte möge verschoben werden, da sie zurzeit unwehmäßig wäre. Der Auschuß beschloß in diesem Sinne, so daß eine politische Debatte morgen nicht stattfindet. In Abgeordnetenkreisen nimmt man an, daß der Kanzler seine angekündigte Rede am Freitag halten wird.

#### Es verlautet . . .

Vor grundlegenden Entscheidungen.

Wir kommen aus der Nervosität nicht mehr heraus. Jeder Tag bringt neue Gerüchte, neue Vermutungen, und geringfügige oder bedeutsame Geschehnisse geben den Rahmen ab für ein mehr oder weniger anmutiges Spiel der Phantasie Versuener und Unversuener. Der Chronist kann solche Erscheinungen nicht übergehen, und wenn sie vielleicht im Augenblick ihrer Niederschrift auch durch die Ereignisse schon überholt sind, so ist es doch Pflicht, von ihnen Notiz zu nehmen, denn schließlich behalten sie bleibenden Wert als Zeugnisse einer sturm- bewegten, kampfburchtobten Zeit, in der Probleme ihrer Lösung entgegenbarren, die weit in die Zukunft Deutschlands, Europas, ja der ganzen Welt hineinragen.

Die Tatsache, daß Generalquartiermeister Ludendorff in der Hauptstadt weilen, war an sich schon geeignet, allerlei Vermutungen und Gerüchten einen ertragreichen Nährboden zu gewähren. Dazu kam aber, daß heute der amtliche Draht zu melden wußte, der Kaiser habe nicht nur mit ihnen und dem Reichskanzler längere Besprechungen gehabt, sondern auch den aus seinem Hauptquartier eingetroffenen Kronprinzen empfangen. Heute nachmittag soll ein Kronrat — oder zumindest eine Besprechung des Kaisers mit den leitenden Persönlichkeiten stattfinden und es ist eigentlich selbstverständlich, daß der Kronprinz hinzugezogen wird. Denn er ist der Erbe dieser Zeit und soll bereits die Ernte verwirklichen und verwerten, die diese gewaltigen Jahre mit ihrem Glanz und ihrer Not, mit ihrem Ruhm und ihren Entbehrungen, mit ihren Siegen und mit ihren Leiden in die Schenken des deutschen Vaterlandes gebracht haben. Die Anwesenheit des Kronprinzen ist aber zugleich ein Zeichen dafür, daß tatsächlich in diesen Tagen, vielleicht schon in der Stunde dieser Niederschrift Fragen von unübersehbarer Tragweite entschieden werden sollen. Soweit stimmen alle Pressemeinungen und alle Gerüchte überein: Wir stehen vor einer wichtigen, folgenreichen Entscheidung. Und auch darüber ist man sich so ziemlich einig, daß es sich um die endgültige Festlegung der Polenfrage handelt. Was ist natürlicher, als daß die allseitig kampfbereiten Federn von rechts und links aufeinander losfahren, obwohl eigentlich niemand weiß, um was es sich letzten Endes handelt. Wenn man den Stimmen der führenden Presse Glauben schenken darf, wird eine andere Lösung der Polenfrage erwogen. Man deutet auf eine neue Teilung Polens hin, die Deutsch und Litauern mit Wilna, also etwa 2 Millionen Polen und zweihunderttausend Litauer eintragen würde. Dagegen erheben sich Stimmen von rechts und links. Die einen verlangen, man solle von Rußland nur soviel Land fordern, als zur „Grenzsicherung“ (nach dem Gutachten der militärischen Sachverständigen) unbedingt notwendig ist, die anderen aber wünschen, daß wir von Rußland alles nehmen, was wir auf Grund der militärischen Lage und angesichts der Schwäche Rußlands bekommen können. In anderen Blättern wird darauf hingewiesen, daß eine solche Lösung der polnischen Frage nicht nur den Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann, sondern auch die Abdankung des Reichskanzlers Grafen Hertling zur Folge haben müßte; denn beide würden kaum eine Politik vertreten können, die der bisher verfolgten und durch die Reichstagsmehrheit am 19. Juli festgelegten so völlig entgegengesetzt ist.

Aber nicht allein um die Polenfrage soll es sich handeln. Man will an anderer Stelle wissen, daß auch der U-Bootkrieg erneut Gegenstand der Beratung sei. Und zwar handelte es sich um ein Entgegenkommen gegen Amerika, das angeblich „aus dem Kriege heraus will“ und seine ganze Kriegsbereitschaft liquidieren würde, wenn der U-Bootkrieg (der Grund des amerikanischen Eingreifens) aufgehoben oder wenigstens wesentlich eingeschränkt würde. Endlich — um nichts zu übersehen — soll angeblich in den Beratungen beim Kaiser sowohl die Antwort auf Lloyd Georges und Wilsons Neben beraten als auch ein völlig neues Kriegszielprogramm aufgestellt werden, das uns nicht nur im Osten, sondern auch im Westen wesentliche Raumgewinne sichert, während die Zukunft Belgiens — England anheimgestellt wird, das bereit sei, dafür die Kolonien herauszugeben.

Man sieht, Frau Roma ist außerordentlich geschäftig. Wer ohne jede politische Leidenschaft die Dinge betrachtet, wird vor allem inne, daß wir wieder einmal, wenn nicht inmitten einer Krise, so doch in einer Krisenstimmung leben, die wahrlich nicht als Ausfluß und Bild jener Einheit gelten kann, deren wir jetzt im Beginn der Entscheidungen auf dem Kriegstheater am allerwenigsten entbehren können. Im Augenblick kennt niemand den Kurs, und es wird, wie immer auch die Entscheidung fallen mag, eine Befreiung für das ganze Volk sein, wenn aus der Enge des Beratungszimmers im Schloß das Ergebnis der Konferenzen amtlich mitgeteilt wird.

#### Aus Nah und Fern.

Herborn, den 16. Januar 1918.

\* Die Nassauische Sparkasse hat für das Jahr 1917 eine Zunahme des Einlagenbestandes von M. 42 Millionen zu verzeichnen, gegenüber der bisher stärksten Zunahme von M. 14 Millionen im Jahre 1909. Die Einlagen haben damit M. 2000 Millionen überschritten. Während die Ansammlung der ersten M. 100 Millionen 33 Jahre in Anspruch nahm, (1870 bis 1908), vollzog sich die Erreichung der weiteren M. 100 Millionen in der kurzen Zeit von 9 Jahren. Die Kriegsjahre 1914 bis 1917 erbrachten eine Zunahme von M. 61 Millionen, wobei zu beachten ist, daß außerdem M. 90 Millionen Einlagen zur Zeichnung auf die 7 Kriegsanleihen verwendet wurden. Diese Zahlen legen ein glänzendes Zeugnis ab von der wirtschaftlichen Kraft unseres Regierungsbezirks.

\* Die Prüfung über die Befähigung zum Betriebe des Hufbeschlaggewerbes für das Jahr 1918 findet wie folgt statt: am 23. März, am 22. Juni, am 28. September, am 21. Dezember.

\* (Preissturz für Pelzwaren.) Eine Pelzfirma berichtet: Die durch die Zeitungen laufende Notiz über einen Preissturz bis zu 100 Prozent, entspricht nicht den Tatsachen. Ein gewisser Preisrückgang ist eingetreten in der Hauptsache bei unseren einheimischen Pelzsorten, nämlich Rotfuchs, Iltis und Marder. Im Herbst waren sich Jäger und Sammler sofort darüber einig, daß die Fälsche nicht unter 100 Mark verkauft werden sollten, und ebenso trieben diese die Preise für Marder, Iltis und Otter in die Höhe. Heute kann man wieder genug Fälsche, Iltisse und Marder zu billigerem, allerdings verhältnismäßig noch hohem Preise kaufen. In den Leipziger Pelz-Großlagern ist überhaupt fast keine Ware mehr und kann man dort erst recht nicht von einem Preissturz reden. Ein gewisser Preissturz muß unfehlbar kommen, was jeder praktische Kürschner sich längst selbst sagte. Durch das russische Friedensangebot und die geringe Kauflust der Produzenten in der Weihnachtswoge sahen sich viele Fellhändler genötigt, ihre Waren zu ermäßigten Preisen abzustößen. Im übrigen aber werden die endgültigen Preise erst Ende Febr. in Frankfurt a. O. und im März und April in Leipzig jedes Jahr festgesetzt.

Rudersdorf, 15. Jan. Zu einer Betriebsstörung kam es heute früh auf der Eisenbahnstrecke Siegen-Dillenburg. Der erste von Haiger kommende Personenzug stieß auf einen auf dem hiesigen Bahnhof stehenden Güterzug. Beide Lokomotiven, ein Padwagen und ein Personenwagen erlitten Beschädigungen. Personen haben glücklicherweise keinen Schaden genommen. Infolge des Unfalls fuhren alle auf der Strecke verkehrenden Züge mit großer Verspätung.

Merkenfriz. Beim Hinabrollen eines gefüllten Bierfasses in den Keller rutschte der Gastwirt Kopf auf der Treppe aus und stürzte ab. Das Fass rollte ihm über den Leib, wodurch der sofortige Tod herbeigeführt wurde.

Wallrabenstein (Tannus.) Vor einigen Monaten verschaffte die ledige E. Engel von hier einem französischen Kriegsgefangenen Frauenkleider und entfloß dann mit ihm. In Vörsach wurde das Pärchen festgenommen. Der Poillon kam in ein Gefangenlager, das Mädchen wurde jetzt zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Frankfurt. Geheimrat Dr. Heinrich Rehn ist nahezu 87 Jahre alt, gestorben. Seit 1853 hat er ärztlich gewirkt, zuerst in Kassel an der Charité, dann als praktischer Arzt in Melsungen, hierauf elf Jahre in seiner Vaterstadt Hanau und seit 1872 ununterbrochen in unserer Stadt. In den ersten Jahren seiner ärztlichen Praxis wurde seine Aufmerksamkeit auf das damals noch sehr vernachlässigte Gebiet der Kinderkrankheiten gelenkt. Er machte zu diesem Zwecke besondere Studien und Reisen und war dann ausschließlich als Kinderarzt tätig.

Pfarrer Traub sollte am Montag auf Veranlassung der Deutschen Vaterlandspartei im Saal des Zoologischen Gartens sprechen. Die in der Mehrzahl aus Gegnern der Vaterlandspartei bestehende Versammlung ließ jedoch nicht einmal den Vorsitzenden, Pfarrer Kübel, zu Wort kommen. Es erhob sich ein solcher Lärm, daß die Versammlung nach einigen Minuten polizeilich aufgelöst werden mußte.

Fulda. Das Elektrizitätswerk hat wegen Kohlenmangels den Betrieb eingestellt.

Niederlahnstein, 15. Jan. (Amtlich unterstügter Schleichhandel?) Die „Rheinische Volkszeitung“ veröffentlicht heute den Wortlaut eines Warenangebotes, das die hiesige „Lebensmittel-Einkaufsstelle der Nassauischen Rheinstädte“ an eine Firma des Wiesbadener Bezirks richtet. Interessant an dem Angebot ist einmal die ungeheure Menge der angebotenen Waren und der alle Begriffe übersteigende Preis, der gefordert wird. Die Einkaufsstelle bietet u. a.: 300 Ztr. Viktoria-Erbsen das Pfd. zu 3,45 Mk., 100 Ztr. gelbe Erbsen zu 3,10 Mk., 35 Ztr. weiße Bohnen zu 3,35 Mk., 400 Ztr. dicke Bohnen zu 3,45 Mk., 400 Ztr. Wicken zu 2,70 Mk., 900 Ztr. Lupinen zu 1,25 Mk., 90 Ztr. Graupen zu 2,35 Mk., 226 Ztr. Süßfrucht-Marmelade zu 1,50 Mk., 200 Ztr. Dreifachfrucht-Marmelade zu 1,95 Mk., 21 Ztr. 1a weiße Meishärte zu 20 Mk., 5 Ztr. Kartoffelstärke zu 19 Mk., 4000 Stück Toiletteseife das Stück zu 2,75 bis 4,75 Mk., 1400 Stück Kernseife zu 5,75 Mk., 3 Ztr. Schokolade das Pfd. zu 26 Mk., 50 Liter Speisefett das Liter zu 32,50 Mk., 1000 Flaschen Jamaica-Rum, 1 Flasche 32,50 Mk., 10 000 Dosen 1 Pfd. Brotaufstrich zu 4,75 Mk., 60 000 Dosen Leberwurst in 1 Pfd.-Dosen, 1 Dose 3,75 Mk., 100 Dosen Mixed-Pickles à la 5 Stkgr. brutto, 1 Dose 11,75 Mk. usw. — Zu diesen verborgenen Mengen und Märchenpreisen, erübrigt sich jeder Kommentar!

Nieder-Ingelheim. Auf dem Wege nach Essenheim verirrte sich vor einer Woche die 15-jährige Maria Ham im Schneegestöber und war seitdem verschollen. Am Montag fand man das Kind durch Zufall in einer schneebedeckten Rübengrube vor. Es lebte zwar noch, doch waren ihm beide Beine vollständig erfroren. Das Mädchen liegt im Singer Krankenhaus hoffnungslos darnieder.

Köln. Der Obermeister der Köln-Mülheimer Schweinemehrer-Innung Hermann Kerner, Mitglied des Aufsichtsrats der Bezugs- und Verwertungsgenossenschaft der Kölner Schweinemehrer-Innung, beklagte einen Betrugsversuch an der Waage beim Verteilen des Fleisches. Durch einen Lehrling wurde bekannt, daß der Obermeister die ihm zustehende Wurstmenge zweimal weggeschaffen ließ, worauf seine Verhaftung erfolgte. Nach Feststellung der Stadt-

verwaltung soll es sich um Unterschlagungen von insgesamt 10 bis 15 Zentner Wurst handeln, die von Kerner über den Höchstpreis hinaus verkauft wurde. Als Entschädigung für die unterschlagene Wurst hatte er 2000 Mark gezahlt. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe.

Witten. Unter den auf einem hiesigen industriellen Werke beschäftigten französischen Gefangenen gab es am Samstag eine freudige Ueberraschung. Einige neue Kriegsgefangene, die für die Arbeitsstätte bestimmt waren, trafen ein. Da stieß der, einem älteren Jahrgange angehörige Franzose Henri Billet unter dem Pse „Marcel“ einen lauten Freudenschrei aus, und stürzte sich auf einen der eben Eingetroffenen, ihn fest an sein Herz drückend. Es waren Vater und Sohn. Als der Vater in den Krieg gezogen war, zählte der Sohn noch keine 15 Jahre. An der Freude des Wiedersehens der beiden Menschen nahmen auch die „Böches“ herzlichen Anteil.

Hagen. Ein unglaublicher Vorgang macht hier von sich reden. Das hiesige Bezirkskommando hatte in Erfahrung gebracht, daß der 36 Jahre alte, landsturmpflichtige Kapellmeister H. von hier sich bisher keinerlei militärischer Kontrolle unterzogen hatte. Die Angabe fand sich bestätigt, weshalb H. durch ein Militärkommando verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert wurde. Die Sache ist um so unverständlicher, als der Verhaftete seit Jahren als Hilfskuchmann Dienst tut und deshalb anzunehmen war, daß seine vorgelegte Dienstbehörde über sein Militärverhältnis unterrichtet sei.

Posen. Großes Unheil richtete im Zoologischen Garten ein Bär an, der das Gitter seines Zwingers überkletterte. Er überfiel zunächst die Kassiererin des Zoologischen Gartens und zerfleischte ihr den Kopf und den rechten Arm, so daß ernste Lebensgefahr für die Schwerverletzte besteht. Der Bär ließ erst von ihr ab, als ein Arbeiter mit einem Hunde herbeieilte. Der Hund mußte unter den Pranken des wütenden Tieres verenden. Dann wandte sich der Bär dem benachbarten Kamelhause zu, schwang sich hier einem Kamel auf den Rücken und zerfleischte das Tier. Inzwischen war ein Schutzmännchen ausgedient herbeigeholt worden, dem es durch 13 Browningschüsse und Säbelhiebe gelang, das Tier zu überwältigen, so daß es bald darauf verendete.

o Beim Schneeschaukeln verunglückt. Bei Ralle auf der Bahnstrecke Deuthen-Tarnowitz wurden beim Schneeschaukeln auf dem Eisenbahngleise zehn Frauen von einem Güterzug überfahren. Drei wurden getötet, sieben schwer verletzt.

o Die größte Kälte seit Menschengedenken ist in Südnorwegen eingetreten. Das Thermometer sank in einzelnen Gegenden bis 48 Grad, und im Gebirge sollen die Temperaturen teilweise noch niedriger gewesen sein. In vielen Stellen froz das Quecksilber ein, so daß die Thermometer sprangen.

## Letzte Nachrichten.

### Der deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.)

16. Januar 1918.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

##### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei und östlich von Lens war die Artillerietätigkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungs-Gesuche. Südlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

##### Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nach mehrstündiger Feuerwirkung stießen französische Abteilungen nördlich von Badonvillers vor und drangen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein. Eigene Aufklärungsgruppen brachten in den oberen Vogesen Gefangene ein.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

##### Nicht Neues.

##### Mazedonischen Front.

Im Cernabogen erhöhte Gefechtsintensität.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen Brenta und Piave lebhaftere Feuerkämpfe, mit besonderer Heftigkeit im Gebiete des Monte Asolone. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe südlich vom Monte Fontana Secca wiederholt; sie wurden abgewiesen.

In dem Piaveabschnitt nördlich vom Montello verstärkte sich das englische Artillerie-Feuer.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

##### Abreise Hindenburgs und Ludendorffs.

Berlin, 16. Jan. (All.) Wie die „Vossische Zeitung“ hört, haben Generalfeldmarschall von Hindenburg und der Erste Generalquartiermeister Ludendorff Berlin verlassen.

##### Eine alldeutsche Friedensvorlage im Herrenhause.

Berlin, 16. Jan. (All.) Im preussischen Herrenhaus ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ vernimmt, ein Antrag eingebracht worden, in dem die Zuerstausgesprochen wird, daß die königliche Staatsregierung auf einen Frieden hinarbeiten wird, bei dessen Abschluß dem deutschen Kaiser die im Artikel 11 der Staatsverfassung dem Kaiser vorbehaltenen Rechte voll gewahrt werden. Dieser Friede muß den ge-

brachten Opfern, den Bedürfnissen der militärischen Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden. Der Antrag soll in diesen Tagen zur Beratung gelangen. Man erwartet dabei eine hochpolitische Aussprache.

##### Bertrater Bayerns bei den Friedensverhandlungen.

München, 16. Jan. (All.) Um den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches nach außen zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern fortan einen besonderen Vertreter zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk entsenden. Zunächst wird sich der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. Graf Pöschel nach Berlin zu Besprechungen mit dem auswärtigen Amt und dann nach Brest-Litowsk begeben.

##### Die gefährliche Lage der Ententegeandten in Petersburg.

Kopenhagen, 16. Jan. (All.) Nach einer russischen Meldung ist die Verhaftung des rumänischen Gesandten in Petersburg, die wegen seiner Umtriebe gegen die Bolschewiki erfolgte, die erste Folge der Drohung Trozki, mit allen Personen, die gegen die Regierung kämpfen, kurzen Prozeß zu machen und sie ins Gefängnis zu stecken. In den übrigen Ententevertretungen in Petersburg herrschte größte Beunruhigung, namentlich in der italienischen und französischen Botschaft befürchtet man ein ähnliches Vorgehen der Regierung wie gegen Rumänien.

##### Vor dem Zusammentritt der Konstituante.

Rotterdam, 16. Jan. (All.) „Daily News“ melden aus Petersburg: In 5 Tagen tritt die Konstituante zusammen. Es scheint sehr wahrscheinlich, daß sie eine Mehrheit gegen die Bolschewiki haben wird. Voraussichtlich werde die jetzige Regierung durch eine andere ersetzt werden, welche einen baldigen Frieden durch Druck auf die Bundesgenossen anstreben wird. Den deutschen Generalen wird diese schwache Regierung ein minder gefährlicher Gegner als Trozki sein. Man spricht von Mahregeln zur Abwehr von Kundgebungen der bolschewikfeindlichen Mehrheit. Hat diese aber Erfolg, dann dürfte eine Anarchie folgen. In der gesetzgebenden Versammlung wollen die Bolschewiki eine Opposition gegen die Einberufung eines neuen Kongresses der Sowjets veranlassen. Gelingt ihnen das, so bleiben sie am Ruder.

##### Das verlassene Italien.

Lugano, 16. Jan. (All.) Die offiziöse italienische Agentur Volta hat eine Rundfrage bei maßgebenden Politikern Roms angestellt, um ihre Ansichten über die Reden Lloyd Georges und Wilsons zu erfahren. In dem Bericht heißt es, daß überall die schwersten Besorgnisse zutage getreten seien. Allgemein halte man dafür, daß Italien wiederum rechtlich in einer furchtbaren Schicksalsstunde stehe. Da die Militärs ihre Versprechungen, die Italien zum Eintritt in den Weltkrieg bestimmten, nicht einzuhalten scheinen. Die innere wie die äußere Lage Italiens erscheint deshalb sehr gefährdet. Italien habe ein Anrecht darauf zu wissen, daß seine ungeheuren Opfer nicht nur gegenwärtig anerkannt werden, sondern daß die ganze Entente ihre vor dem Kriege mit Italien eingegangenen Verträge als eine heilige, unberührbare Sache betrachte.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Wed.

#### Anzeigen.

### Dank.

Von „Ungeannt“ wurden mir heute für das Altersheim 50 Mk. übergeben, worüber hiermit herzlich quittiert wird. Herborn, den 15. Januar 1918. Rückert, Rassenführer.

Schlosser, Werkzeugschlosser, Kesselschmiede, Arbeiter, Arbeiterinnen, Schlosserlehrlinge für dauernde Beschäftigung stellen ein. Gebr. Achenbach, G. m. b. H. Weidenau-Sieg.

Hausmädchen, Selbst. Mädchen tüchtig, fleißig und sauber in mit guten Zeugnissen für meinen guten Haushalt, 2 Personen, Haushalt gesucht. Bitte vor-sorgt gesucht. Frau E. Reuß, Limburg, Bahnhofstraße.

Mediz. Mineralwässer. Mergentheimer Salzschleifer Bonif.-Brunnen Apena Saxlehners Bitterwasser Brückenaue Wernarquelle Wildunger Helenequelle Neuenahr Sprudel Kissinger Emser Kräuchen Fachinger Karlsbader Mühlbrunnen empfiehlt.

Ginster Raute in volkwirtschaftl. Interesse 2-4-jähr. Aufwuchs (Schläge 1912-15). Preis per 10 000 kg Mk. 400 frei Waggon. Die Schanzen müssen einmal fest gebunden und möglichst untraktiert sein. Sofortige Rasse Alb. Knipp, Greiffenbach 5. Dez. 1. B.

Einjährigen-Prüfung nach kurzer Vorbrüg. gute Erfolge Pauspoggium Altona (Ob.-Honn.) Drogerie Doeinck. Nicht am Lager befindliche Mineralwässer werden talch befördert.